Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 20. 03. 2013

Antrag

der Abgeordneten Lars Klingbeil, Sönke Rix, Petra Crone, Martin Dörmann, Siegmund Ehrmann, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Christel Humme, Johannes Kahrs, Angelika Krüger-Leißner, Ute Kumpf, Caren Marks, Franz Müntefering, Aydan Özoğuz, Thomas Oppermann, Stefan Rebmann, Gerold Reichenbach, Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Ulla Schmidt (Aachen), Stefan Schwartze, Kerstin Tack, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Dagmar Ziegler, Brigitte Zypries, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Modellprojekt FSJ Digital – Potenziale in der Anwendung und Vermittlung von Medienkompetenz im bürgerschaftlichen Engagement nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Ihr Kern ist die Definition als Lern- und Bildungsdienste. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Okölogische Jahr (FÖJ) haben sich in den letzten Jahrzehnten als fester Bestandteil des zivilgesellschaftlichen Engagements junger Menschen in Deutschland etabliert und durch Erweiterungen der Einsatzfelder um Bereiche wie Sport und Kultur eine weitere Aufwertung erfahren. Die Diskussion um eine Weiterentwicklung der Freiwilligendienste, beispielsweise durch ein Freiwilligendienstestatusgesetz, wird auch im Deutschen Bundestag, zuletzt im Rahmen des Antrags "Freiwilligendienste in zivilgesellschaftlicher Verantwortung stärken" (Bundestagsdrucksache 17/9926) der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geführt. Die Freiwilligendienste sind vor allem deshalb ein Erfolgsmodell, weil sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Erwerb und die Weiterentwicklung wichtiger sozialer und personaler Kompetenzen als auch Orientierungsmöglichkeiten bieten und gleichzeitig einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Die Akzeptanz der neuen regulär eingeführten Anwendungsgebiete im FSJ, beispielsweise im Bereich Kultur, sowie die Erprobung eines Modellprogramms FSJ Politik dürfen dem Gesetzgeber Mut machen, auch weitere Anwendungsgebiete zu erproben und anzubieten.

Die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages hat unlängst die enorme Bedeutung der Medienkompetenz in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft festgestellt, aber auch deutliche Defizite und Herausforderungen aufgezeigt. Medienkompetenz gilt heute als Querschnittkompetenz, die eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Zugang zu Wissen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt darstellt. Gleichzeitig sorgen verschiedene Hürden und Hindernisse für ein Auseinanderdriften der Gesellschaft im Bereich der Medienkompetenz. Die digitalen Gräben verlaufen auf sehr unterschiedliche Weisen, etwa zwischen Jung und Alt durch unterschiedlich erlerntes und erfahrenes Mediennutzungsverhalten, zwischen Arm

und Reich durch unterschiedliche materielle Zugänge zu neuen Medien oder auch zwischen Stadt und Land durch unterschiedliche technische Voraussetzungen im Zugang zu neuen Medien.

Diese Lücke zwischen anerkannter gesellschaftlicher Bedeutung der Medienkompetenz und den realen Umsetzungshemmnissen könnte durch ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement in diesem Bereich abgemildert werden. Im Rahmen eines zu erprobenden FSJ Digital könnten junge Erwachsene – zunächst in Modellprojekten und mit Unterstützung der Träger der Jugendfreiwilligendienste – ihre technischen Fertigkeiten und Fähigkeiten im Umgang und in der Anwendung von neuen Medien in den Dienst von gemeinnützigen Einrichtungen stellen und diese bei der Umsetzung von digitalen Projekten und der Vermittlung von Medienkompetenz unterstützen. Gleichzeitig bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die pädagogische Begleitung in den Einsatzstellen die Möglichkeit, Orte des bürgerschaftlichen Engagements in unterschiedlichen Bereichen kennenzulernen und neue Fähigkeiten, die über die bisher erlernten hinausreichen, zu entwickeln. Der inhaltlich und technisch kompetente Umgang mit Medien, insbesondere mit neuen Medien, soll durch ergänzende Fortbildungsmöglichkeiten und Seminare für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen des Modellprojektes FSJ Digital geschult und gefestigt werden. Bei der Erarbeitung und der Durchführung des Modellprojektes werden die anerkannten Träger des FSJ mit einbezogen.

Im Rahmen generationenübergreifender Aktivitäten können – beispielsweise in den bereits etablierten Mehrgenerationenhäusern – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am FSJ Digital älteren Menschen zum Beispiel IT- oder Smartphone-Kurse anbieten.

Leitbild der Medienkompetenzvermittlung ist dabei die Entwicklung einer digitalen Selbstständigkeit, wie sie die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" beschrieben hat.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- zusammen mit den anerkannten Trägern des FSJ ein Modellprojekt FSJ Digital zu initiieren und gemeinsam mit regionalen und überregionalen Trägern und Institutionen eine begrenzte Anzahl von Einsatzstellen zu schaffen, die digitale Projekte und die Vermittlung von Medienkompetenz in gemeinnützigen Einrichtungen in den Mittelpunkt stellen und deren Umsetzung erprobt;
- 2. mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit potenzielle Träger auf die Möglichkeiten und Chancen eines FSJ Digital hinzuweisen;
- das Modellprojekt nach zwei Jahren im Hinblick auf eine mögliche Weiterführung des FSJ Digital als regulärer Bestandteil der Jugendfreiwilligendienste zu evaluieren;
- 4. die Aufnahme von Medienkompetenz als Lernziel und mögliches Einsatzgebiet für Freiwillige in das Jugendfreiwilligendienstegesetz und das Bundesfreiwilligendienstegesetz zu prüfen;

5. darauf hinzuwirken, dass die Teilnahme an einem Freiwilligendienst mehr Anerkennung erfährt als bisher, beispielsweise durch die Anrechenbarkeit als Praktikum für eine mögliche Ausbildung oder Studium, um potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern den Entschluss für einen Freiwilligendienst zu erleichtern. Dabei sind die Forderungen der Anträge auf Bundestagsdrucksachen 17/3429 und 17/9926 einzubeziehen.

Berlin, den 20. März 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

